

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Dezember 2019

Inhalt

Nachrichten aus den EU-Institutionen	1
EU-Kommission: Neuer jährlicher Zyklus des Europäischen Semesters	1
EU-Kommission auf UNHCR Flüchtlingsforum: Unterstützung für Aufnahmeprogramme der Mitgliedstaaten	1
Rat der EU: Schlussfolgerungen zur Gleichstellung der Geschlechter	1
Rat der EU: Schlussfolgerungen zur nachhaltigen Entwicklung angenommen	2
Europarat: Empfehlung zu Vormundschaft für unbegleitete Kinder in Migrationssituationen	2
Europarat: Besorgnis über hohe Kinderarmut und steigende Ungleichheit	2
Nachrichten aus den europäischen Staaten.....	2
Slowenien: Neue Regelungen für Elternzeit und Vaterschaftsurlaub	2
Finnland: Aktionsplan gegen Gewalt an Kindern	3
Frankreich: Nationale Strategie für den Kinderschutz	3
Großbritannien: Offener Brief zu Kinderrechten an die neue Regierung	3
Litauen: Änderungen der Regelungen zum Mutterschutz	3
Schweiz: Handlungsbedarf zur gewaltfreien Erziehung	4
Weitere Nachrichten	4
COFACE und AGE Europe bedauern Entscheidung zur Einrichtung Intergroup zur Demografie	4
European toolkits to promote work-life balance and gender equality	4
UNICEF & Eurochild: Daten zum Kinderschutz	5
Internationaler Tag der Menschen mit Behinderungen	5
100 Jahre Mutterschutz	5
Berichte und Studien	6
PISA-Studie 2018	6
Population Europe: Veröffentlichungen zu Ehe, Elternschaft, Vaterschaft, Bildungsbiographien	6
Eurofound: Bericht zu Lebensqualität und öffentlichen Dienstleistungen	6
UNICEF: Studie zur Internetnutzung und Bildung von Kindern	6
EU-Kommission: Bericht zum Gesundheitszustand in der EU	7
Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa: Dokumentation Fachdialog	7
Eurostat: Schlüsseldaten über Europa — illustrierte Statistiken	7
Bevorstehende Veranstaltungen	7

Nachrichten aus den EU-Institutionen

EU-Kommission: Neuer jährlicher Zyklus des Europäischen Semesters

Die EU-Kommission hat am 17. Dezember den neuen Zyklus des Europäischen Semesters mit der „Jährlichen Strategie für nachhaltiges Wachstum“ eingeleitet. Der Zusatz „nachhaltig“ im Namen der Strategie wurde in diesem Jahr erstmals eingeführt und verweist auf das Ziel einer sozioökonomisch und ökologisch nachhaltigen Wachstumsstrategie. Sie soll im Einklang mit dem europäischen „Green Deal“ und den Nachhaltigen Entwicklungszielen der Vereinten Nationen stehen. Auch der Aspekt der sozialen Ausgewogenheit soll bei den Zielen von Innovation und Wachstum Berücksichtigung finden. Im nächsten Schritt muss die Wachstumsstrategie vom Europäischen Rat angenommen werden. Die Mitgliedstaaten sind daraufhin aufgefordert, die Prioritäten der Strategie in ihre nationalen Reformprogramme aufzunehmen.

- [Jährliche Strategie für nachhaltiges Wachstum](#) 

EU-Kommission auf UNHCR Flüchtlingsforum: Unterstützung für Aufnahmeprogramme der Mitgliedstaaten

Beim Globalen Flüchtlingsforum der Vereinten Nationen in Genf haben die EU-Mitgliedstaaten die Aufnahme weiterer 30.000 schutzsuchender Menschen zugesagt. Mit Programmen zur Neuansiedlung soll vermieden werden, dass Menschen über irreguläre Migrationswege Europa erreichen. Langfristig müsse zudem eine europäische Migrationspolitik geschaffen werden, die auch wirksame Instrumente enthalte, um sicherzustellen, dass Menschen nicht auf illegalen Fluchtwegen ihr Leben riskieren müssten. In den Neuansiedlungsprogrammen der EU haben seit 2015 mehr als 65.000 besonders schutzbedürftige Menschen Europa auf legalem Weg erreicht. Im Rahmen der Programme werden Menschen aus ihrem Herkunftsland in einen EU-Staat transferiert und dort aufgenommen. Pro aufgenommene Person unterstützt die EU die Mitgliedstaaten mit 10.000 Euro.

Das Globale Flüchtlingsforum fand am 16. - 18. Dezember 2019 in Genf statt. UN-Mitgliedsstaaten, internationale Organisationen und Vertreter aus dem Privatsektor und der Zivilgesellschaft kamen zusammen, um den Fortschritt zur Erreichung der vereinbarten Ziele für besseren Flüchtlingsschutz zu überprüfen und konkrete Beiträge zu den Zielen bekannt zu geben. Das Forum soll in Zukunft alle vier Jahre stattfinden.

- [Factsheet zur Neuansiedlung](#)  

Rat der EU: Schlussfolgerungen zur Gleichstellung der Geschlechter

Der Rat der EU hat Schlussfolgerungen angenommen, die zur Gleichstellungsstrategie der neuen EU-Kommission beitragen sollen. Sie wurden im Rahmen der jährlichen Überprüfung der Umsetzung der UN-Agenda für die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Rolle der Frau erstellt. Die Überprüfung hatte Fortschritte in den Bereichen Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Frauen in Führungspositionen und dem Rückgang von Armut und sozialer Exklusion für alle Geschlechter ergeben. Die Mitgliedstaaten werden dennoch dazu aufgefordert, Geschlechtergerechtigkeit als politische Priorität zu betrachten und konkrete Maßnahmen für dieses Ziel zu fördern. Sie sollen Strukturen zur Gleichstellung der Geschlechter auf allen Regierungsebenen etablieren und personell sowie finanziell ausreichend ausstatten. Empfohlen wird außerdem, den dahingehenden Fortschritt

in allen Politikbereichen zu dokumentieren. Zudem fordert der Rat von den Mitgliedstaaten Maßnahmen zur Sexismusbekämpfung, insbesondere von Gewalt an Frauen.

- [Schlussfolgerungen zur Gleichstellung der Geschlechter in der EU](#)

Rat der EU: Schlussfolgerungen zur nachhaltigen Entwicklung angenommen

Der Rat der EU hat Schlussfolgerungen zur Umsetzung der UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und ihre 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals) angenommen. Er erkennt damit an, dass eine nachhaltige Politikgestaltung entscheidend für die weltweite Armutsbekämpfung und ein sicheres und gesundes Leben künftiger Generationen bildet. Es wird darauf hingewiesen, dass auch über die EU hinaus politische Maßnahmen zur Nachhaltigkeit schnell umgesetzt werden müssten, wenn die Agenda 2030 ein realistisches Ziel bleiben soll. Somit wird angekündigt, als EU auch in der internationalen Gemeinschaft den Prozess voranzubringen. Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, die Richtlinien in konkrete Strategien und Instrumente umzusetzen.

- [Schlussfolgerungen im Volltext sowie weitere Dokumente](#) 

Europarat: Empfehlung zu Vormundschaft für unbegleitete Kinder in Migrationssituationen

Das Ministerkomitee des Europarates hat eine Empfehlung an die Mitgliedsstaaten verabschiedet, die auf ein wirksames System der Vormundschaft für unbegleitete und von ihren Angehörigen getrennte Kinder im Zusammenhang mit Migration abzielt. Mit der Empfehlung möchte das Ministerkomitee sicherstellen, dass die Rechte von unbegleiteten und von ihren Angehörigen getrennten Kindern und das Kindeswohl im Einklang mit den internationalen und europäischen Normen geachtet werden. Außerdem soll gewährleistet werden, dass den betroffenen Kindern ein Vormundschaftssystem bereitgestellt wird, das auf ihre Rechte und konkreten Bedürfnisse abgestimmt ist.

- [Die Empfehlungen im Wortlaut](#) 

Europarat: Besorgnis über hohe Kinderarmut und steigende Ungleichheit

Das Ministerkomitee des Europarates hat sich besorgt über die sehr hohen Kinderarmutsraten in Europa und den Anstieg der Ungleichheit geäußert, von dem Kinder im besonderen Maße betroffen sind. In einer Erklärung hat er daher die europäischen Staaten dazu aufgerufen, u.a. die Strategie des Europarates für die Rechte des Kindes umzusetzen.

- [Die Erklärung im Wortlaut](#) 

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Slowenien: Neue Regelungen für Elternzeit und Vaterschaftsurlaub

Das slowenische Ministerium für Arbeit, Familie, Soziales und Gleichstellung hat die Regelungen für Elternzeit und Vaterschaftsurlaub an die entsprechenden Richtlinien der EU angepasst. So wird der Vaterschaftsurlaub bei Zwillingen um zehn Tage erhöht; die regulären 30 Tage Elternurlaub gelten künftig auch für Pflegeeltern. Der



Mindestsatz für Elterngeld wird auf knapp 550 Euro brutto monatlich angehoben. Familienpolitische Reformen waren nicht nur durch die EU angemahnt worden, sondern auch im Koalitionsvertrag der Regierung angekündigt worden. Die neuen Änderungen sind Teil der familienpolitischen Strategie Sloweniens 2018-2028 „Familienfreundliche Gesellschaft“.

Finnland: Aktionsplan gegen Gewalt an Kindern

Das finnische Ministerium für Soziales hat den Aktionsplan „Gewaltfreie Kindheit“ vorgestellt. Er soll von 2020 bis 2025 implementiert werden und umfasst 93 Maßnahmen. Er richtet sich an Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren und setzt einen besonderen Fokus auf Prävention. Erarbeitet wurde der Plan auf Grundlage von wissenschaftlichen Ergebnissen und Erfahrungen aus der Praxis von SozialarbeiterInnen und ErzieherInnen. Wichtige Ziele sind die verbesserte Zusammenarbeit verschiedener Institutionen zum Schutz von Kindern, die besondere Beachtung stärker gefährdeter Gruppen von Kindern, spezifische Fortbildungen zu sexueller Gewalt an Kindern für Fachkräfte und die Information von Kindern und Jugendlichen über Formen von Gewalt, ihre Rechte und Schutzmöglichkeiten.

Frankreich: Nationale Strategie für den Kinderschutz

Die französische Regierung hat eine neue nationale Strategie für den Kinderschutz beschlossen, die zwischen 2020 und 2022 implementiert werden soll. Sie soll dazu führen, dass alle Kinder in Frankreich die gleichen Rechte und die gleichen Möglichkeiten haben. Sie enthält daher Neuerungen für verschiedene Politikfelder wie Gesundheit, Bildung und Soziales. Grundsatz der Strategie ist es, Kinder als Gruppe mit eigenen Grundrechten zu begreifen und ihre Perspektiven und Erfahrungen stärker in die Politikgestaltung mit einzubeziehen. Ihre Rechte auf emotionale Sicherheit, Gesundheit und Bildung sollen allen Kindern garantiert werden. Um dies umsetzen zu können, enthält die Strategie auch Änderungen in der praktischen Arbeitsweise von staatlichen Institutionen. Dies betrifft ihre Zusammenarbeit untereinander, aber auch Regelungen wie Fristen vor dem Familiengericht, die konkret auf das Leben von Kindern Einfluss nehmen.

Großbritannien: Offener Brief zu Kinderrechten an die neue Regierung

Über 100 britische Jugendorganisationen und Wohltätigkeitsvereine haben einen offenen Brief verfasst, in dem sie die neue Regierung auffordern, Kinderrechte zu einer politischen Priorität zu machen. Der noch vor der Wahl veröffentlichte Brief richtete sich an SpitzenpolitikerInnen aller Parteien. Gefordert wird die Bekämpfung von Kinderarmut, Gewalt unter Jugendlichen und der kriminellen Ausbeutung von Minderjährigen. Es wird aufgezeigt, dass dazu vor allem Investitionen in unterfinanzierte soziale Einrichtungen und Angebote notwendig ist. Die Politik wird zudem aufgefordert, Kinder und Jugendliche in die Gestaltung politischer Neuerungen einzubeziehen.

Litauen: Änderungen der Regelungen zum Mutterschutz

Nach einem Urteil des Verfassungsgerichts von Litauen mussten die gesetzlichen Regelungen zum Mutterschutz verändert werden. Mütter, die während der Schwangerschaft entlassen werden, ihre Selbstständigkeit einstellen oder ihre Beschäftigung kündigen, erhalten künftig trotzdem Mutterschaftsgeld. Zuvor hatten die fehlenden Sozialversicherungsbeiträge in diesen Fällen dazu geführt, dass diese Mütter keinen Anspruch auf die Leistung

hatten. Frauen, die vor ihrer Schwangerschaft nicht mindestens zwölf Monate am Stück in die Sozialversicherung eingezahlt haben, erhalten das Mutterschaftsgeld nicht. Sie können eine monatliche Pauschalzahlung beantragen, die zurzeit 76 Euro beträgt. Sie soll im kommenden Jahr auf 250 Euro erhöht werden.

Schweiz: Handlungsbedarf zur gewaltfreien Erziehung

Aktuelle Erhebungen zeigen, dass Gewalt als erzieherisches Mittel in der Schweiz immer noch verbreitet ist. Zwar hätten sich die Fälle körperlicher Gewalt in den letzten 25 Jahren stetig verringert, zwei Drittel der befragten Eltern geben jedoch an, psychische Gewalt anzuwenden. Die Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen hat anlässlich dessen ein Positionspapier veröffentlicht, in dem die Situation in der Schweiz ausführlich dargestellt und die aktuell geltenden Gesetze besprochen werden. Bei den Handlungsbedarfen wird insbesondere die Wichtigkeit des Ausbaus von Präventionsangeboten betont. Anlass war das Berichtserstattungsverfahren gegenüber der UN, in dem die Schweiz dem Kinderrechtsausschuss Fortschritte in der Umsetzung der Kinderrechtskonvention darlegt.

- [EKKJ: Das Recht des Kindes auf eine Erziehung ohne Gewalt](#) 

Weitere Nachrichten

COFACE und AGE Europe bedauern Entscheidung zur Einrichtung Intergroup zur Demografie

COFACE Families Europe und AGE Platform Europe zeigten sich enttäuscht darüber, dass das Europäische Parlament nicht ihrem Vorschlag zur Etablierung einer Intergroup zu „Demographischer Wandel und Solidarität zwischen den Generationen“ nicht gefolgt ist. Die vorgeschlagene Intergroup sollte das Europäische Parlament dabei unterstützen, die demografischen Herausforderungen Europas auf progressive, pluralistische und integrative Weise anzugehen.

Gleichzeitig distanzieren sich AGE und COFACE von der stattdessen eingerichteten Intergroup „Demographic challenges, family-work balance and youth transitions“. Diese schlägt ausschließlich Maßnahmen auf Grundlage eines engen Familienbegriffs vor und teilt nicht die gemeinsame Vision von COFACE und AGE zur Aufbau einer pluralen, integrativen europäischen Gesellschaft.

Beide begrüßen jedoch die Entscheidung von Ursula von der Leyen, Frau Dubrovska Šuica zur Vizepräsidentin für Demokratie und Demografie zu ernennen, ebenso wie das Mandat, ein Grünbuch über das Altern herauszugeben, das die notwendige politische Dynamik schafft, um sicherzustellen, dass Bürger aller Altersgruppen ihre Rechte wahrnehmen können und die gleichen Chancen erhalten, einen Beitrag zur Gesellschaft zu leisten.

- [Vollständige Meldung von COFACE und AGE mit weiteren Informationen](#) 

European toolkits to promote work-life balance and gender equality

Der europäische Zusammenschluss der Gewerkschaften (The European Trade Union Confederation (ETUC)) hat im Rahmen seines „Rebalance Strategy“ Projekts einen Bericht und ein Toolkit heraus gebracht, indem zum einen die Ziele und Herangehensweisen der Gewerkschaften und zum anderen Good-Practice-Beispiele vorgestellt

werden. Vorgestellt werden Vereinbarkeitsvereinbarungen von Sozialpartnern aus 13 verschiedenen Wirtschaftssparten und 10 verschiedenen Staaten und diverse Handlungsempfehlungen für die EU-Institutionen.

- [Bericht und Toolkit in 5 Sprachen \(u.a. Deutsch\)](#)

UNICEF & Eurochild: Daten zum Kinderschutz

UNICEF und Eurochild beginnen eine gemeinsame 12-monatige Studie, die Datenlücken zu Kindern ohne elterliche Fürsorge in 27 Mitgliedstaaten der EU schließen soll. Auch jene Kinder, die gefährdet sind, nicht länger in elterlicher Fürsorge leben zu können, sollen erfasst werden. Die Organisationen geben an, dass zu wenig Daten zu Kindern in diesem Status vorliegen würden und die bestehenden Datensätze nicht nach Alter, Geschlecht, Behinderungen und weiteren wichtigen Merkmalen differenziert seien. Die neue Studie soll mit verlässlichen und differenzierten Informationen zur Situation von Kindern außerhalb der elterlichen Fürsorge dazu beitragen, passgenaue Angebote in verschiedenen Bereichen der Familienhilfe und des Kinderschutzes zu entwickeln.

Internationaler Tag der Menschen mit Behinderungen

Am 3. Dezember ist Internationaler Tag der Menschen mit Behinderungen, der als Aktionstag auf die Rechte und Herausforderungen von Menschen mit Behinderungen aufmerksam machen soll. Das jährlich wechselnde Motto der UN zu diesem Tag war in diesem Jahr „Promoting the participation of persons with disabilities and their leadership: taking action on the 2030 Development Agenda“. Der Fokus lag somit auf der umfassenden Partizipation von Menschen mit Behinderung auf verschiedenen Ebenen.

COFACE Families Europe macht darauf aufmerksam, dass noch immer nicht die sozialpolitischen Voraussetzungen bestehen, Menschen mit Behinderungen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Sie verweist auf ihren Ratgeber S.H.I.F.T. (Support, Human Rights, Independence, Families, society Transition), der einen Leitfaden zur umfassenden Inklusion von Menschen mit Behinderungen bieten soll.

- [COFACE Families Europe: S.H.I.F.T.](#)

100 Jahre Mutterschutz

Im Dezember 1919 wurde von der Internationalen Labour Organisation (ILO) erstmalig eine Konvention zum Schutz der Arbeitsplätze von Müttern und ihrer finanziellen Versorgung in der Schwangerschaft und nach der Entbindung verabschiedet. Die Konvention bildet den ersten Schritt zu einem weltweiten Standard des Mutterschutzes. Anlässlich des Jubiläums organisierte die ILO gemeinsam mit der EU-Kommission den Workshop „100 years of maternity protection: Transforming leave and care policies for a better future of work for all“. Internationale RegierungsvertreterInnen, wissenschaftliche ExpertInnen und VertreterInnen zivilgesellschaftlicher Organisationen diskutierten Lehren aus der Geschichte des Mutterschutzes und Entwürfe für die zukünftige politische Gestaltung von Mutterschutz und Elternzeit.

Berichte und Studien

PISA-Studie 2018

Die Ergebnisse der internationalen Schulleistungsuntersuchungen PISA (Programme for International Student Assessment) für das Jahr 2018 sind erschienen. Sie sind in drei Abschnitte unterteilt: Volume 1 befasst sich mit dem Leistungsstand der SchülerInnen und zeigt, dass die Fähigkeiten im Lesen, in Mathe und den Naturwissenschaften im OECD-Durchschnitt verglichen mit der Erhebung aus dem Jahr 2015 stabil geblieben sind. Volume 2, „Where All Students Can Succeed“ untersucht Geschlechterunterschiede in den Leistungen der SchülerInnen und den Zusammenhang von Bildungshintergrund und Migrationsbiographien der Familien. Der dritte Teil der Erhebung (Volume 3: What School Life Means for Student's Lives) betrachtet die körperliche und seelische Gesundheit der SchülerInnen, die Rolle von Eltern und LehrerInnen für das Schulklima und das Sozialleben an Schulen.

- [PISA-Ergebnisse 2018](#) 

Population Europe: Veröffentlichungen zu Ehe, Elternschaft, Vaterschaft, Bildungsbiographien

Das europäische Netzwerk zur Demographieforschung, Population Europe, verweist auf verschiedene Veröffentlichungen zum Thema Familie und Elternschaft. Aufgeführt und kurz zusammengefasst werden Studien zur Lebenszufriedenheit Verheirateter, zum Einfluss von Elternschaft auf die Gender Pay Gap, zu begünstigenden Faktoren von Jugendarbeitslosigkeit, zum Normwandel in der Gestaltung der Vaterrolle und weiteren mehr.

- [Population Europe - Veröffentlichungen im Dezember 2019](#) 

Eurofound: Bericht zu Lebensqualität und öffentlichen Dienstleistungen

Die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen Eurofound hat einen Bericht zur Lebensqualität und zur Qualität öffentlicher Dienstleistungen in der EU veröffentlicht. Ausgewertet wurde dazu die Europäische Erhebung zur Lebensqualität (EQLS), die repräsentative Daten über erwachsene BürgerInnen aller Mitgliedstaaten bereitstellt. Fortschritte werden insbesondere in der Qualität von Dienstleistungen im Kinderbetreuungs- und Gesundheitsbereich verzeichnet. Auch die allgemeine Sichtbarkeit öffentlicher Dienstleistungen und der Ausbau von Online-Diensten werden positiv hervorgehoben. Herausforderungen bestehen demnach weiterhin im sozialen Zusammenhalt im Zuge des Wandels durch die Digitalisierung, der Integration von MigrantInnen und dem erhöhten Risiko für psychische Erkrankungen insbesondere bei jungen Menschen.

- [Herausforderungen und Perspektiven in der EU: Lebensqualität und öffentliche Dienstleistungen](#)  

UNICEF: Studie zur Internetnutzung und Bildung von Kindern

Die Studie „Growing up in a Connected World“ ist in einer Zusammenarbeit von UNICEF und der London School of Economics entstanden und basiert auf Daten der Studie Global Kids Online. Sie vergleicht Daten von knapp 15.000 Kindern aus elf Ländern, die das Internet nutzen. Die Studie zeigt, dass Online-Aktivitäten von Kindern dazu beitragen, ihre digitalen Fähigkeiten zu schulen. Das gelte auch für solche Beschäftigungen, die als Unterhaltung gesehen werden und keinen Bildungsanspruch haben. Anstatt die Mediennutzung von Kindern und



Jugendlichen zu stark einzuschränken, sollte eher versucht werden, ihre Interessen über Unterhaltungsangebote hinaus zu wecken.

- <https://www.unicef-irc.org/publications/1060-growing-up-in-a-connected-world.html> 

EU-Kommission: Bericht zum Gesundheitszustand in der EU

Die europäische Kommission hat in Zusammenarbeit mit der OECD und dem „European Observatory on Health Systems and Policies“ den Bericht „Gesundheitszustand in der EU“ erstellt. Er umfasst einen allgemeinen Teil zu Entwicklungen des Gesundheitszustands und der Gesundheitsversorgungen in der EU, Länderberichte zu allen Mitgliedstaaten sowie Island und Norwegen. Dem deutschen Gesundheitssystem wird ein hohes Niveau an Leistungen sowie ein umfassender Versicherungsschutz attestiert. Auch die durchschnittlichen staatlichen Ausgaben für Gesundheit seien im EU-Vergleich hoch. Allerdings sei die durchschnittliche Lebenserwartung der Deutschen mit 81,1 eine der niedrigsten unter den westeuropäischen Ländern.

- [Website State of Health in the EU](#) 

Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa: Dokumentation Fachdialog Kinderarmut

Die Dokumentation des Fachdialogs „Kinderarmut und soziale Exklusion nachhaltig bekämpfen – Ansätze und Erfahrungen mit der staatlichen Förderung von Kindern in Europa“ im Mai diesen Jahres ist erschienen. In der gemeinsamen Veranstaltung der Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa und dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wurden neben Beiträgen zur aktuellen Situation vor allem Ansätze zur Bekämpfung von Kinderarmut vorgestellt. Diese verschiedenen Best Practices aus europäischen Ländern sowie die abschließende Diskussion über Aufgaben der Zivilgesellschaft finden sich in der nun vorliegenden Dokumentation.

- [Die Dokumentation des Fachdialogs Kinderarmut zum Download](#)

Eurostat: Schlüsseldaten über Europa – illustrierte Statistiken

Die zweite Ausgabe der illustrierten Statistiken über Europa ist erschienen. Mit bildlichen Darstellungen und eingängigen Texten sollen NutzerInnen die Merkmale und Unterschiede der EU-Mitgliedstaaten leicht erfassen können. Die Illustrationen wurden aus Indikatoren zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Situation in den Mitgliedstaaten sowie zu Umwelt und natürlichen Ressourcen erstellt. Das Projekt soll Statistiken zugänglicher machen und Interesse an der Auseinandersetzung mit europäischen Staaten fördern.

- [Schlüsseldaten über Europa](#)

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum/ Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
23. Jan 2020	Coordination of family benefits in the context of free movement in the	MoveS network (Free

Riga, Lettland	EU	Movement and Social Security Coordination)
26. Feb 2020 Brüssel, Belgien	Shaping the EU agenda for disability rights 2020-2030	European Economic and Social Committee
17. März 2020	Work-life balance expert meeting	COFACE Families Europe
01.-05. Apr 2020 Lancashire, Großbritannien	International Child Welfare: Analysing and Reforming Child Protection Systems	UCLAN
04.-07 Mai 2020 Helsinki, Finland	Children first - Designing sustainable early childhood education	Finnish National Agency for Education
11. – 12. Mai 2020 Zagreb, Kroatien	Digital Citizenship	COFACE Families Europe, Step by Step
29. Sept. 2020 Berlin	Child Guarantee	COFACE Families Europe, AGF
29.-30. Okt 2020	Annual ICCFR Seminar	AGF, ICCFR

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und ist in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin · Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78

E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: <http://ag-familie.de>

Redaktion: Olga Kedenburg, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom



